

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/167

3. September 1975

SPD/FDP-Koalition auf dem richtigen Weg

-----  
Erneute Bestätigung des sozialliberalen Bündnisses

Von Holger Börner MdB  
Bundgeschäftsführer der SPD

Seite 1 und 2 / 37 Zeilen

Politik gegen oder mit der Krise ?

-----  
Das soziale Make-up der Union ist nicht wetterfest

Seite 3 und 4 / 49 Zeilen

Gold für Geld

-----  
Ungelöste Schwierigkeiten bei der Verteilung

Seite 5 und 6 / 43 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckart  
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 125 408  
Pressesaal: Zimmer 217-224  
Telefon: 33 93 37 - 38  
Telex: 33 93 46 - 46 pbon d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 109-112, Telefon: 37 66 11

SPD/FDP-Koalition auf dem richtigen Weg

**Erneute Bestätigung des sozialliberalen Bündnisses**

Von Holger Börner MdB

Bundsgeschäftsführer der SPD

Die Oppositionsparteien haben wieder die Erkenntnis bestätigt, daß sie keine Alternative zur Regierungskoalition anzubieten haben. Weder dem CDU-Präsidium noch dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß ist bisher eine sachliche Antwort auf die Beschlüsse der Bundesregierung zur Stützung der Baukonjunktur und zu den notwendigen Einsparungen und Einnahmeverbesserungen des Staates in den kommenden Jahren eingefallen. Wahrscheinlich müssen die maßgeblichen Politiker in beiden Parteien erst einmal die Tatsache verdauen, daß sich die sozial-liberale Koalition auch in dieser schwierigen Operation erneut bewährt hat.

SPD und FDP haben als selbständige und voneinander unabhängige Partner dieses Bündnisses einen Kompromiß gefunden, den sie gemeinsam tragen und gemeinsam verwirklichen werden. Diese Haltung beider Parteien bestätigt, daß das Fundament dieser Koalition unverändert solide ist. Das Bündnis lebt davon, daß SPD und FDP die Fähigkeit zum Kompromiß haben.

Außerdem haben sich die Freien Demokraten - das ist meine feste Überzeugung - von der gesicherten Erkenntnis leiten lassen, daß sie sich außer im Bund auch in den Ländern immer dann gut behauptet oder wieder festen Boden unter die Füße bekommen haben, wenn sie mit einer

klaren Aussage zugunsten eines Bündnisses mit der SPD angetreten sind.

Im Übrigen ist die Einigkeit der Koalitionsparteien bei der Verabschiedung des Konjunktur- und Sparprogramms weder aus der Sicht des sachpolitisch Notwendigen, noch im Hinblick auf den politischen Standort beider Koalitionsparteien überraschend.

Eerst kürzlich haben eigene wissenschaftliche Untersuchungen der Freien Demokraten erneut klargemacht:

1/ 78 vH der Kernwählerschaft der FDP stehen fest zum sozial-liberalen Bündnis;

2/ das politische Profil der Freien Demokraten ist alles andere als einseitig nur bestimmten Wählerschichten zurechenbar;

3/ eine günstige Stimmentwicklung für die eine Koalitionspartei ist mit der gleichgerichteten Tendenz für die andere Koalitionspartei verkoppelt.

Ich sage dies gewiß nicht, weil ich an die Demoskopen das Recht zur Vergabe von politischen Zielsetzungen abtreten möchte. Aber es ist offenkundig, daß diese wissenschaftlichen Analysen den insgesamt richtigen Weg des sozial-liberalen Bündnisses bestätigen.

(-/3.9.1975/ka/ee/va)

\* + + +

Politik gegen oder mit der Krise ?  
-----

Das soziale Make-up der Union ist nicht wetterfest

Schwierige Zeiten sind allemal auch Bewährungsproben, und was die Demokratie in unserem Staate angeht, so kann man ihr angesichts der andauernden weltweiten Wirtschaftskrise gute Haltung bescheinigen. Das heißt freilich nicht, daß bequeme Selbsterfüllung am Platze wäre.

Es ist natürlich und gewiß gut, daß es in einer pluralistischen Gesellschaft nicht nur eine Vorstellung von der Lösung so vitaler Probleme gibt, wie sie gegenwärtig auch bei uns die Wirtschafts- und somit auch die Haushaltslage mit sich bringen. Höchste Vorsicht ist indessen dann geboten, wenn es bestimmten politischen Gruppierungen tatsächlich gar nicht um die Sache geht, wenn vielmehr unter dem Vorwand, aktuelle Schwierigkeiten überwinden zu wollen, in Wirklichkeit politische Richtungswechsel (zu denen man sich aber nicht so ohne weiteres offen bekennt) vollzogen werden sollen.

So hält sich zwar die Union mit konkreten alternativen Modellen zum Koalitionsprogramm der Haushaltssanierung bemerkenswert zurück, dafür dringen aber aus ihren Reihen und aus dem Lager ihrer Sympathisanten unüberhörbare Forderungen nach Kursänderung, das heißt nach Reduzierung des sozialen Inventars in unserem Staatsgebäude. Überlegungen, die Arbeitszeit wieder zu verlängern oder den Jahresurlaub zu verkürzen, wie sie etwa im Arbeitskreis Sozial- und Gesellschaftspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angestellt wurden, mögen nicht die kompetentesten sein, sie zeigen aber doch recht klar, wie geflissentlich man in der Opposition bestimmte unterschwellige Töne aufnimmt und ihnen politisch Rechnung zu tragen versucht. Es wird da ziemlich deutlich, wie die eigentlichen Rezepte aus-

3. September 1975

abhen, mit denen die Union zu ihrer Stunde nach den Maximen des Sonthofener Programms - wann alles denn endlich schlimm genug bestellt wäre - aufwartete.

Es ist sicher richtig und ein historisch leicht zu verstehendes Phänomen, daß sich im Zusammenhang mit dem begeisternden Aufbruch der sozial-liberalen Koalition zu neuen politischen Horizonten auch so etwas wie Hurra-Reformismus und überspannte Erwartungen eingestellt hatten, und bestimmt geraten auch nicht alle Leistungen des Staates mit optimalem Wirkungsgrad an ihr Ziel. Aber ganz außer Zweifel steht, daß die zweite deutsche Demokratie ihre wirtschaftliche wie politische Stabilität und Leistungskraft, von denen das Wohlergehen aller ihrer Bürger abhängt, ihrer sozialen Qualität verdankt. Diese soziale Qualität darf unter keinen Umständen zur Disposition gestellt werden.

Die Sozialdemokraten haben eindeutig klargemacht, daß die vom Bundeskabinett beschlossenen Gesundungsmaßnahmen keine wirtschafts- oder gesellschaftspolitische Kursänderung bedeuten, sondern die Voraussetzungen dafür schaffen sollen, in der weltweiten ökonomischen Schlechtwetterperiode die soziale Sicherheit in unserem State bewahren und die Modernisierung der Gesellschaft durch Reformen, ohne die auch nur die Erhaltung des vorhandenen Bewahrenswerten nicht möglich wäre, fortsetzen zu können. Dies ist eine Politik gegen die Krise.

Was jedoch häufig mehr oder minder artikuliert aus dem Lager der Union dringt - im Sonthofener Programm indessen manifestiert wurde -, ist eine Politik mit Hilfe der Krise. Jegliche Unaufmerksamkeit wäre gefährlich.

Claus Freller  
(-/3.9.1975/ka/pr/ee)

+ + +

Gold für Geld  
-----

Ungelöste Schwierigkeiten bei der Verteilung

Ob der sogenannte Kompromiß von Washington nun tatsächlich Gold auf den Markt bringt, ist vorderhand zweifelhaft. Tatsache ist ja nur, daß der Internationale Währungsfonds etwa ein Sechstel seiner Goldbestände - das dürften rund 4,7 Milliarden Dollar Gegenwert sein - verkaufen will und darf, um mit dem Erlös zinsgünstige Stand-by-Kredite zugunsten jener Länder zu finanzieren, die besonders unter den Folgen der Ölpreisexlosion zu leiden haben. Darüber ist man sich im Prinzip einig. Offen aber ist noch geblieben, welches bedürftige Land wieviel bekommt. Das hängt nicht zuletzt auch von der Entwicklung des Goldpreises ab, dessen "freie" Spielart Ausgangspunkt der Hilfsberechnung in Washington war.

Aber parallel dazu einigte man sich in Washington auch darauf, daß die Notenbanken vorerst einmal ihre Goldkäufe einstellen wollen. Zwar ist diese Übereinkunft zunächst auf zwei Jahre befristet, doch ist die Frage, ob bis zum Ende dieser Frist Einigkeit über das zukünftige Wechselkursystem gefunden werden kann. Gelingt das nämlich nicht, ist auch in der Frage des Währungsgoldes und seiner Behandlung durch die Notenbanken auf dem freien Goldmarkt wieder alles offen. Vorerst aber kennzeichnet eine beachtliche Verwirrung den internationalen Goldmarkt und seine Reaktion auf die Beschlüsse von Washington.

Der Preis, der sich einmal recht zügig der 200-Dollar-Grenze je Feinunze näherte und der dann mit einer vergleichsweise festen Marge bei 165 Dollar je Feinunze stabilisiert werden konnte - vor allem die

Goldproduzenten intervenierten, um die Erlöseausichten zu wahren -, purzelte bis zur Wochenmitte unter die 150-Dollar-Marke. Ein Kursverlust von bislang 15 Dollar mindert aber auch die global-ökonomische Wirksamkeit der Washingtoner Beschlüsse, denn wenn weniger als geplant und unterstellt für das IMF-Gold erlöst wird, steht auch weniger Geld für monetäre Hilfsaktionen zur Verfügung. Es ist deshalb nicht auszuschliessen, daß noch einige Zeit ins Land gehen wird, bevor man - vielleicht erst auf der nächsten IMF-Zwischenkonferenz im Januar 1975 auf Jamaica - das Ausmaß der einzelnen Hilfsleistungen festlegt. Die Zwischenzeit dürfte man wohl nutzen, um im Interesse vor allem der potentiellen Empfängerländer den freien Goldpreis zu stabilisieren.

Wie das allerdings angesichts des Votums der Notenbanken, vorerst die Goldkäufe einzustellen, geschehen soll, muß den Technikern überlassen bleiben. Gewiß werden sie Unterstützung auch von den Goldproduzenten bekommen. Wichtiges Signal dafür war zweifellos, daß sich Schweizer Großbanken, die dem Goldgeschäft den entscheidenden Drive in Europa geben, zeitweise ganz aus dem Geschäft zurückzogen. Sie wollten damit im Interesse ihrer Klientel offenbar verhindern, daß der freie Goldpreis unter ein Niveau stürzt, das als Mindestvoraussetzung gilt, wenn der IMF-Plan zugunsten der Ölpreisgeschädigten Länder noch einigermaßen wirkungsvoll realisiert werden soll.

Theodor Tremmes  
(-/3.9.1975/ks/ee/ban)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Praller